

**23**  
**75**

# Union in Deutschland

Bonn, den 5. Juni 1975

## Unsere Politik für Deutschland

Der 23. Bundesparteitag der CDU in Mannheim steht im Vorfeld der Bundestagswahl 1976. Als Grundlage der Diskussion des Bundesparteitages legt der Bundesvorstand die Erklärung „Unsere Politik für Deutschland“ vor. Sie verdeutlicht die Auffassung der CDU zu wichtigen politischen Fragen.

Diese Erklärung ist weder eine Vorwegnahme der Wahlkampfplattform für die Bundestagswahl 1976 noch ein Grundsatzprogramm der Partei, noch eine Fortschreibung des Berliner Programms. Der Bundesvorstand hat sich vielmehr darauf konzentriert, auf der Grundlage des Berliner Programms Schwerpunkte zu behandeln, in denen in der nächsten Zeit besondere politische Anstrengungen erforderlich sein werden. Dabei läßt er sich von dem Gedanken leiten, daß die CDU als entscheidende politische Kraft in unserem Land unmißverständlich erklären muß, welchen Weg sie bei der Lösung der vor uns liegenden schwierigen politischen Probleme einschlagen wird.

Der Bundesvorstand geht davon aus, daß die von ihm vorgelegte Erklärung zur Politik der CDU durch Anregungen und Vorschläge der Delegierten des Bundesparteitages ergänzt werden wird.

### ■ 23. BUNDES- PARTEITAG

Den Wortlaut der Erklärung „Unsere Politik für Deutschland“, die der Bundesvorstand dem 23. Bundesparteitag in Mannheim vorlegt, veröffentlicht UiD in der Dokumentation

### ■ FINANZEN

Die Bundesregierung will die Bürger nach Meinung des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Albert Leicht, über die wahre Situation der Öffentlichen Finanzen nicht aufklären. Seite 4

### ■ NATO

Bei der Gipfelkonferenz in Brüssel haben die Amerikaner ihre Bündnisverpflichtung erneut bekräftigt und die europäischen Mitgliedsländer zu mehr Solidarität aufgerufen. Seite 5

### ■ VERFASSUNG

Viel zu spät hat nach Meinung des rechtspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Vogel, die Bundesregierung ihren Verfassungsschutzbericht 1974 vorgelegt. Seite 7

### ■ DATENSCHUTZ

Der Staat muß sich zunehmend der Datenverarbeitung bedienen. Die für den Bürger entstehenden Risiken eines Datenmißbrauchs gilt es aususchalten. Seite 11

## ■ INFORMATIONEN

### Warnung vor Abbau sozialer Leistungen

Die von der Bundesregierung beabsichtigte Kürzung der Ausbildungsförderung ist nach Meinung des Vorsitzenden des zuständigen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Anton Pfeifer, der Beginn eines umfassenden Abbaues sozialer Leistungen. Das Verfahren, das die Bundesregierung offensichtlich zu praktizieren beabsichtige, sei unzumutbar: Sie leugne eine Finanz- und Wirtschaftskrise und versuche statt dessen in wichtigen Bereichen möglichst unauffällig Leistungen zu kürzen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion werde darauf drängen, daß die Bundesregierung alle ihre Kürzungspläne auf den Tisch lege und vor den Wählern verantworte.

### Akademie für Sportwissenschaften

Die Konstituierung einer Akademie für Sportwissenschaften regte der Vorsitzende des Sportausschusses des Deutschen Bundestages, Dr. Hans Evers, MdB (CDU), an. Auf dem Gebiet der sportwissenschaftlichen Forschung liege die Bundesrepublik eindeutig hinter einigen Ländern, insbesondere den Ländern mit Staatsamateuren, zurück.

### Deutsche Katholiken warnen

Deutliche Kritik an dem zwischen der DDR-Regierung und dem vatikanischen „Außenminister“ Erzbischof Casaroli für den 9. Juni geplanten Gespräch in Ost-Berlin hat das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken (ZDK) geäußert.

In einer in Bonn verbreiteten Erklärung heißt es u. a., der Vatikan sollte sich „in der unsicheren Hoffnung auf gewisse Erleichterungen für die Kirche in der DDR“ nicht für kommunistische Vorstellungen von einer Normalisierung der Beziehungen in Europa, von Koexistenz und Entspannung „in Anspruch nehmen“ lassen. Die Gespräche könnten nur dann sinnvoll sein, wenn sie zu „mehr Freiheit und Gerechtigkeit in der DDR“ führten.

### Parlament schützt Bürger vor Behörden-Übergriffen

Die Bürger sollen künftig stärker als bisher vor Fehlentscheidungen und Willkürakten von Behörden geschützt werden. Der Bundesrat billigte als letzte parlamentarische Instanz zwei Gesetze, mit denen der für Beschwerden und Eingaben von Bürgern zuständige Petitionsausschuß des Bundestages wirksamere Möglichkeiten und Rechte erhält, seine Kontrollaufgabe gegenüber Verwaltung und Regierung auszuüben, und mit denen die Institution dieses Kontrollgremiums in der Verfassung verankert wird. Grundlage der beiden Gesetze waren gemeinsame Entwürfe der Fraktionen von SPD, CDU/CSU und FDP im Bundestag.

### DKP rät Mitgliedern im öffentlichen Dienst: austreten

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) hat kürzlich über die „Bewerbungspolitik“ ihrer Anhänger gegenüber den Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik beraten. Anlaß war der Fall einer DKP-Journalistin, die vom WDR nach Meinung der DKP wegen ihrer Parteimitgliedschaft nicht angestellt worden war. Der Vorgang führte zu der Überlegung maßgeblicher DKP-Kultur-

funktionäre, Genossen, die Stellen im „bürgerlichen Apparat“, zum Beispiel in Funkhäusern, suchen, den dringenden Rat zu geben, nicht formell bei der DKP Mitglied zu werden beziehungsweise formell aus der Partei auszutreten.

## Für soziale Gleichstellung der Selbständigen

Den Abbau der „sozialen Diskriminierung“ der freien Berufe hat CDU-Generalsekretär Prof. Biedenkopf gefordert. Beim 40. deutschen Maklertag in Hamburg sagte Biedenkopf, die wirtschaftliche Seite der Sozial- und Krankenversicherung bei den Selbständigen müsse geregelt werden, damit die freien Berufe wieder für mehr junge Menschen attraktiv würden.

## Jungwähler kehrten zur Union zurück

Die Jungwähler, die noch bei den Bundestagswahlen 1972 in ihrer weitaus überwiegenden Mehrheit für die Koalitionsparteien SPD und FDP stimmten, sind am 4. Mai zu einem großen Teil zur CDU zurückgekehrt. Zu diesem Ergebnis kommt das Institut für angewandte Sozialwissenschaft (Infas) in einer in Düsseldorf bekanntgewordenen Analyse der Wahl zum nordrhein-westfälischen Landtag.

Nach dieser umfangreichen Studie votierten 49 Prozent der Jungwähler am 4. Mai in Nordrhein-Westfalen für die SPD und 42 Prozent für die CDU. Die Oppositionspartei verbesserte damit ihre Position gegenüber 1972 um 10,9 Prozent. In der Gesamtwählergunst nahm sie um 6,1 Prozent zu. Die Sozialdemokraten verloren gegenüber den Bundestagswahlen insgesamt 5,3 Prozent an Stimmen, bei den Jungwählern sogar 10 Prozent.

## STICHWORTE

### Am Vorabend des 17. Juni

wird die Berliner CDU eine Kundgebung abhalten, in deren Mittelpunkt die Rede des Parteivorsitzenden Helmut Kohl steht. Zuvor wird ein Gedenkmarsch zum Theodor-Heuss-Platz stattfinden.

### In der Ostpolitik

erwarten laut Emnid 63 Prozent (im Januar 58) von der Bundesregierung eine „energische Politik“ gegenüber den Ostblockstaaten und der DDR.

### Die DAG

lehnt das Modell des DGB zur Investitionslenkung ab.

### In den Anfängerklassen

der Grundschulen sitzen sechs bis sieben Prozent weniger Schüler als im Vorjahr. In den Städten ist der Schülerschwund stärker als auf dem Lande.

### In Paris

wurde die Gründungsakte der europäischen Raumfahrtbehörde ESA unterzeichnet.

### Der Exportrückgang

um fast zehn Prozent ist ausschließlich auf die schrumpfende Nachfrage aus den westlichen Industrieländern zurückzuführen.

### Ein Vier-Milliarden-Defizit

erwartet die Deutsche Bundesbahn allein im Sektor des Personennahverkehrs im Jahre 1975.

## ■ FINANZEN

### Neuer Schachzug zur Verschleierung der Wahrheit

**Vor wenigen Tagen überraschte das Bundesfinanzministerium die deutsche Öffentlichkeit mit der Mitteilung, daß der für den 10./11. Juni 1975 festgesetzte Termin für eine neuerliche Steuereinschätzung aufgehoben und auf unbestimmte Zeit verschoben ist. Als Begründung für diesen Vorgang wird angegeben, daß man vor der nächsten Steuereinschätzung die Verhandlungsergebnisse über die Revisionsklausel zwischen Bund und Ländern vorliegen haben wolle.**

Diese Begründung ist schlechthin zu einfach, da erst eine Steuereinschätzung die Möglichkeit gibt, die auf die einzelnen Beteiligten entfallenden Anteile zu bestimmen, stellt hierzu der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Bundestag, Albert Leicht, fest. Ob es den Ländern unter diesen Voraussetzungen überhaupt noch zuzumuten ist, die Verhandlungen weiterzuführen, halte ich für bedenklich.

Tatsache ist, daß der konjunkturelle Aufschwung trotz aller gegenteiligen Prognosen und Beschwörungen durch die Bundesregierung bisher ausgeblieben ist.

Allein aus dem Rückgang des Wirtschaftswachstums resultieren für die öffentlichen Hände Steuerausfälle in Höhe von etwa vier Milliarden DM. Erschwerend kommt noch hinzu, daß die Haushaltsbelastung durch das neue Ge-

setz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung allen Experten-Schätzungen nach erheblich über den im Haushaltsansatz vorgesehenen 500 Mill. DM liegen wird. Weitere finanzielle Risiken liegen im Bereich des Arbeitsmarktes. Bei einer mittlerweile allgemeinhin angenommenen Arbeitslosenzahl von 900 000 im Jahresdurchschnitt 1975 wird die Bundesanstalt für Arbeit mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit weitere Mittel in Milliardenhöhe aus der Haushaltskasse benötigen.

Wenn der Bundesfinanzminister angesichts dieser Situation den Steuereinschätzungstermin verschiebt, so offenbar deswegen, um der deutschen Öffentlichkeit die Zahlen, die einmal mehr nach unten weisen, aus taktischen Erwägungen heraus noch einige Monate vorzuenthalten.

Fehlt etwa der Bundesregierung die Zivilcourage, den Bürgern unseres Landes zu sagen, daß aufgrund dieser Haushaltslage teure Reformen nicht mehr machbar sind und man sich allgemein in stärkerem Umfange einschränken muß?

Oder will man im Bundesfinanzministerium abwarten, ob der Aufschwung vielleicht doch noch kommt und den Mitbürgern dann zu verstehen geben, daß es trotz schlechtester Finanzlage wieder aufwärts gehen wird?

Und sollte sich schließlich der Aufschwung doch nicht einstellen, sucht dann die Bundesregierung einen auf Verschuldung ausgerichteten Nachtragshaushalt 1975 oder gar Bundeshaushalt 1976 zu entschuldigen?

Es wird immer offensichtlicher, daß es dem Kabinett Schmidt/Genscher in zunehmendem Maße weniger gelingt, der schon fast trostlosen Finanzlage Herr zu werden.

## ■ NATO-GIPFEL

# USA bekräftigen Führungsrolle — zu wenig Solidarität der Europäer

**Mit dem Ziel, das Bündnis der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft zu festigen, trafen die Regierungschefs und Außenminister der NATO-Mitgliedsländer am 29. und 30. Mai zur diesjährigen Frühjahrskonferenz zusammen. Dabei ging es vor allem darum, Schäden an der Südflanke der Verteidigungsgemeinschaft abzuwenden. Die Regierungen der Bundesrepublik und Frankreichs benutzten dieses Gipfeltreffen, um deutlich zu machen, daß wirkungsvolle Verteidigungsanstrengungen nur auf dem Boden wirtschaftspolitischer Stabilität unternommen werden könnten.**

**W**er von der NATO-Gipfelkonferenz mutige Entscheidungen, einen Aufbruch in eine neue Dimension des Bündnisses oder auch nur die entschlossene Abkehr von der in den letzten Jahren praktizierten Politik schwindender Verteidigungsanstrengungen erwartet hatte, den muß das Ergebnis der Brüsseler Konferenz enttäuschen, erklärte der sicherheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Manfred Wörner, zum Ergebnis der Konferenz.

Anstatt konkreter Verpflichtung zu gesteigerten Verteidigungsvorkehrungen begnügte man sich mit dem unverbindlichen Appell, die Solidarität der Mitglieder wiederherzustellen. Die Auffor-

derung Bundeskanzler Schmidts zu einer solidarischen Wirtschafts-, Finanz- und Rohstoffpolitik blieb ohne Echo. Dem unabweislich notwendigen Schritt auf Spanien zu ging das Bündnis mutlos aus dem Weg.

Ideologie triumphierte hier über die Vernunft. Man läßt die Amerikaner dort weiterhin allein und zeigt Spanien die kalte Schulter, während man keine Hemmungen hat, den portugiesischen Machthabern wirtschaftliche Unterstützung zu gewähren, obwohl sie immer deutlicher auf eine kommunistische Diktatur zusteuern. Eine nüchterne Bilanz der KSZE, die an der Zeit gewesen wäre, erfolgt nicht.

Dennoch hatte das Treffen seinen Wert. Auf der Haben-Seite der Konferenz-Bilanz steht die Bestätigung des Engagements der USA für und in Europa und das entschlossene Auftreten des amerikanischen Präsidenten, der unüberhörbar die Führungsrolle der USA bekräftigte. Die Gelegenheit zu persönlichen Gesprächen darf in ihren Auswirkungen nicht unterschätzt werden.

Hoffnungsvoll stimmen auch die Kontakte zwischen Griechenland und der Türkei sowie die Erklärungen des griechischen Regierungschefs Karamanlis über die Bedingungen für eine mögliche Rückkehr Griechenlands in die militärische Integration. Schließlich ist der Zusammenhang zwischen der Entspannung in Europa und in Berlin mit erfreulicher Deutlichkeit festgehalten.

## ■ BERLIN

# Abrassimov soll Sowjet-Forderungen durchsetzen

**Was vor zweieinhalb Monaten mit dem neuerlichen Amtsantritt des sowjetischen Botschafters in Ost-Berlin noch Spekulation war, beginnt Realität zu werden. Es wird jetzt deutlich, daß die Sowjetunion in allen Berlin betreffenden Fragen wieder aktiv werden will. Ihr Ziel ist es, stellt der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Prof. Dr. Manfred Abelein fest, eine Interpretation des Viermächte-Abkommens in ihrem Sinne durchzusetzen: die Lockerung der Bindungen Berlins an den Bund und die Fortentwicklung zu einer mehr oder minder „selbständigen politischen Einheit West-Berlin“.**

**A**brassimov hat seine jetzige Aufgabe gut vorbereitet. Er war in den vergangenen Jahren auf einem sehr wichtigen und einflußreichen Posten im sowjetischen Zentralkomitee tätig. In den letzten Monaten hat Moskau keine Gelegenheit ausgelassen, Verletzungen des Berlin-Abkommens zu behaupten. Dazu zählen zum Beispiel: die Errichtung des Umweltbundesamtes, das geplante EG-Bildungszentrum, die Anwesenheit westdeutscher Politiker bei der Grünen Woche und bei internationalen Veranstaltungen.

Während man damals in Bonn noch überlegte, ob die DDR den Kreml drängt oder ob der Kreml die DDR-Füh-

rung lenkt, wird es heute zunehmend klarer, daß der Deutschlandkenner Abrassimov seine zukünftige Arbeit bereits bestens in die für ihn richtigen Wege leitete. Jetzt nimmt er jede Gelegenheit wahr, um seine Auffassung vom Rechtsstatus Berlins zu bekräftigen.

In seiner Rede am 8. Mai in Ost-Berlin sprach er davon, daß das Vierseitige Abkommen strikt einzuhalten sei und sagte u. a.:

*„Ich spreche heute nicht zufällig davon. Niemals dürfen sich jene Zeiten in der Geschichte West-Berlins wiederholen, da es ein keineswegs zweitrangiger Herd von Konflikten und Reibungen war“.*

Dieser Hinweis von seiten eines so befähigten Diplomaten wie Abrassimov sollte für uns deutlich genug sein. Nach sowjetischer Ansicht wird Berlin nur dann nicht wieder „Herd von Konflikten und Reibungen“ sein, wenn die Rechtsauffassung der Sowjetunion vom Westen beachtet wird. In die gleiche Richtung zielt die am 12. Mai an die UNO gerichtete Berlin-Note des Kreml.

Wer geglaubt hat, die Entsendung des Botschafters Abrassimov nach Ost-Berlin bedeute den Wunsch Moskaus nach Ruhe in der Berlin-Frage, sieht sich jetzt getäuscht. Der Vertreter der Sowjetunion bei der Aushandlung des Viermächte-Abkommens über Gesamt-Berlin hat anscheinend die Aufgabe bekommen, die Rechtsauffassung der Sowjetregierung bezüglich dieses Abkommens nun in der politischen Praxis durchzusetzen.

Abrassimov muß klar gemacht werden, daß Gesamt-Berlin, also auch Ost-Berlin, unter einem besonderen Rechtsstatus steht und daß die Bindungen zwischen West-Berlin und dem Bund von Rechts wegen weiter entwickelt werden.

## ■ VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT

# Falsche Rücksichtnahme auf Kommunismus Moskauer Prägung

Vier Monate nach der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat nunmehr endlich auch die Bundesregierung ihren Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1974 vorgelegt. Das ist zu spät, so formuliert der Vorsitzende des innen- und rechtspolitischen Arbeitskreises, Friedrich Vogel die Haltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, um noch für das Jahr 1975 die Nutzenanwendung daraus angemessen ziehen zu können.

Der Bericht ist nicht mehr aktuell; die Entwicklung ist, wie wir alle wissen, längst weitergegangen. Was der Opposition mit ihren geringeren Hilfsmitteln möglich gewesen ist, sollte künftig auch der Bundesregierung möglich sein. Wir würden es begrüßen, wenn der Bericht für 1975 schon Anfang 1976 kommen würde.

Bei einem Vergleich der Berichte der CDU/CSU und der Bundesregierung fällt eine unterschiedliche Sprache gegenüber den linksradikalen Bestrebungen insbesondere des orthodoxen Kommunismus Moskauer Prägung auf. Nur darauf soll hier eingegangen werden.

Im CDU/CSU-Bericht heißt es klipp und klar: „Der orthodoxe Kommunismus Moskauer Prägung, der durch die DKP verkörpert wird, ist gegenwärtig und auf absehbare Zeit die gefährlichste Form des Linksradikalismus.“ Getreu den Lehren Lenins gäben sich diese „auf

leisen Sohlen“ marschierenden Verfassungsfeinde „formal verfassungstreu, um unter Ausnutzung verfassungsmäßiger Rechte an der Abschaffung dieser Rechte ununterbrochen zu arbeiten“.

Der Bericht der Bundesregierung ist in der resignierenden Sprache der Rücksichtnahme abgefaßt. Zwar behandelt auch die Bundesregierung den orthodoxen Kommunismus (noch?) weiterhin als verfassungsfeindlich. Sie sieht in ihm aber nicht wie die CDU/CSU die „gefährlichste“, sondern nur die „stärkste“ Kraft unter den politischen Extremisten in der Bundesrepublik Deutschland.

Aus welchen Gründen die Bundesregierung Rücksicht nehmen muß, hat jüngst erst wieder eine Erklärung des Vorsitzenden des SPD-Bezirks Hessen Süd, Rudi Arndt, deutlich gemacht. Arndt, der auch dem SPD-Bundesvorstand angehört, hat ungeniert und ungestraft der DKP bescheinigt, daß ihr Programm „nicht im Widerspruch zu Grundgesetzen“ stehe. Das war ein Schlag ins Gesicht all derer, die sich, auch in der SPD, um die „Solidarität der Demokraten“ und eine klare Abgrenzung gegenüber den Kommunisten in Wort und Tat bemühen.

Die Bundesregierung wagt das offenbare Dilemma nur noch zaghaft von hinten um die Ecke herum anzusprechen. In ihrem Bericht ist nachzulesen:

„Die Gefährdung der inneren Sicherheit durch Linksextremisten wird sich auch

*künftig in engen Grenzen halten, wenn die Bereitschaft demokratischer Kräfte zur Gegenwehr in politischen und gesellschaftlichen Organisationen, insbesondere in den Gewerkschaften sowie innerhalb der Jugend und der Studentenschaft wächst."*

Im Klartext kann das doch wohl nur dahin verstanden werden, daß diese Bereitschaft nach Auffassung der Bundesregierung heute nicht ausreichend vorhanden ist — was sich mit der Auffassung der CDU/CSU deckt — und daß deshalb die Gefährdung zunehmen wird, wenn sich das nicht ändert.

Weiter heißt es wörtlich in dem Bericht der Bundesregierung:

*„Voraussetzung dafür ist ferner, bei sozialistisch orientierten nichtkommunistischen Vereinigungen die Erkenntnis zu wecken, daß eine Zusammenarbeit mit Kommunisten erfahrungsgemäß deren revolutionäre Ansätze fördert, die eigene politische Position jedoch schwächt.“*

Hätte die Bundesregierung noch Mut

und einen klaren Führungswillen in dieser Frage, dann würde sie, da es nennenswerte „sozialistisch orientierte nichtkommunistische Vereinigungen“ außerhalb der SPD nach meiner Kenntnis nicht gibt, z. B. die Jusos, den einen oder anderen Abgeordneten der Koalitionsparteien oder Männer wie Rudi Arndt und Jochen Steffen klarer beim Namen nennen.

Die größte Gefahr für den Bestand der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland ist die Blindheit gegenüber den Gefahren des orthodoxen moskauhörigen Kommunismus in der SPD/FDP, sei es, weil wegen ideologischer Verwandtschaft die „Solidarität der Sozialisten und der Kommunisten“ höher bewertet wird als die „Solidarität der Demokraten“, sei es aus Bequemlichkeit oder aus reinem Opportunismus. Wenn sich das nicht grundlegend ändert, werden wir alle die Zeche zu zahlen haben. Die Ereignisse in Portugal sollten eigentlich aufrüttelnd wirken.

## Die Kriminalität im Land ist weiter angewachsen

**Der Bundesinnenminister hat nun auch die Kriminalstatistik 1974 vorgelegt. Sie beweist, daß die seit Jahren zunehmende Kriminalität auch im vergangenen Jahr einen wachsenden Trend aufweist. Die Kriminalstatistik 1973 dagegen hatte erstmals seit Jahren eine abnehmende Kriminalität gezeigt, ein Vorgang, der aus heutiger Erkenntnis als vorübergehend bezeichnet werden muß.**

**E**s wird noch zu untersuchen sein, welche Gründe für die Abnahme 1973 und für die Zunahme 1974 maßgebend waren. Es stellt sich auch die Frage, ob statistische Feststellungsmethoden dafür ausschlaggebend sein könnten. Jedenfalls hat der Bundesinnenminister im vergangenen Jahr allzu euphoristisch und damit unpräzise die gemeinsamen Anstrengungen von Bund und Ländern auf dem Gebiet der Verbrechensbekämpfung als Erfolg diesbezüglich der Kriminalitätsentwicklung ausgegeben.

So richtig der Ausbau des Bundeskriminalamtes auch ist — übrigens ein Plan des früheren Bundesinnenministers Benda, den sein Nachfolger Genscher als Sofortprogramm 1969 verkünden konnte — so hat es die zunehmende Kriminalität nicht aufhalten können.

## ■ KOALITION

### Regierung verunsichert Verbraucher und Wirtschaft

Ungereimtheiten und Widersprüchlichkeiten kennzeichnen die Einlassungen der Bundesregierung zur Konjunkturlage. Sie führen zu immer mehr Unsicherheiten bei Verbrauchern und Wirtschaft, stellt der Vorsitzende des Arbeitskreises für Wirtschaft und Ernährung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Ernst Müller-Hermann, fest.

Kanzler Schmidt fordert die Sparer zu vermehrtem Konsum auf und schiebt ihnen einen Teil der Schuld für den fehlenden Aufschwung zu. Bundeswirtschaftsminister Friderichs ruft zum Konsumverzicht auf, weil sonst „die englische Krankheit“ ausbreche. Regierungssprecher Grünewald erwartet einen „Spielraum für die Lohnpolitik“, weil in der zweiten Jahreshälfte die Wachstumsrate ein positives Vorzeichen haben werde. Bundeswirtschaftsminister Friderichs erklärt, daß die Grenze der sozialen Leistungskraft von Staat und Wirtschaft erreicht und in diesem Jahr kein Wachstum zu erwarten sei.

Die Bundesregierung sollte lieber schweigen, als mit unabgestimmten Äußerungen, die nur Ausdruck völliger Ratlosigkeit sind, ständig neue Verwirrung zu stiften.

### Liberaler Theaterdonner

Als einen „Sturm im Linksblock-Wasserglas“ bezeichnete die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag die angeblichen Konflikte in der SPD/FDP-Regierungskoalition in den letzten Wochen. Der Oppositionsführer im hessischen Lan-

desparlament, Gottfried Milde, erklärte, die Ergebnisse der sogenannten „Großen Koalitionsrunde“ zeigten, daß die FDP wieder einmal einen „künstlichen Theaterdonner“ inszeniert habe, um handfeste Personalpolitik im Parteiinteresse durchzusetzen und der Öffentlichkeit gleichzeitig das Bild einer angeblich eigenständigen und unabhängigen dritten Kraft in der hessischen Landespolitik vorzugaukeln. Die Resultate der Koalitionsrunde offenbarten, daß die Regierungsparteien „noch immer kein glaubwürdiges Konzept zur Rückkehr zu einer ideologiefreien und an den Interessen der Schüler orientierten Bildungspolitik“ gefunden hätten.

### Jusos aktiv gegen Radikalenerlaß

Die Bundesvorsitzende der Jungsozialisten, Heidi Wiczorek-Zeul, hat die Jusos aufgefordert, gegen den Ministerpräsidentenbeschluß über die Beschäftigung Radikaler im öffentlichen Dienst, den sogenannten Radikalenerlaß, initiativ zu werden und durch Anträge den im November in Mannheim stattfindenden SPD-Bundesparteitag zu zwingen, erneut zum Radikalenerlaß Stellung zu nehmen.

### Köppler warnt vor SPD/FDP-Koalitionsausschuß

Als „eindeutigen Verstoß gegen die Landesverfassung“ hat der CDU-Vorsitzende im nordrhein-westfälischen Landtag Köppler die Geheimhaltung des Kapitels „Personal- und Organisationsfragen“ aus dem 27 Seiten umfassenden Koalitionsvertrag zwischen SPD und gislaturperiode bezeichnet. Wie Köppler mitteilte, wird in diesem Kapitel zum erstenmal schriftlich festgelegt, daß in Nordrhein-Westfalen kein neuer

Staatssekretär oder Regierungspräsident ohne die Zustimmung des Koalitionsausschusses ernannt werden kann.

Köppler kündigte an, die CDU werde sich mit allen parlamentarischen und juristischen Mitteln dagegen wehren, daß der Koalitionsausschuß zu einer Art Nebenregierung werde und u. a. Initiativanträge aus den Reihen der Abgeordneten von SPD und FDP von der „Genehmigung“ der Fachminister abhängig gemacht werden solle.

Scharf kritisierte der CDU-Fraktionsvorsitzende auch die Vorgänge um die Berufung des neuen Düsseldorfer Regierungspräsidenten Rohde. Es sei beunruhigend, wenn in einer „rätedemokratischen Abstimmung in geheimen Gremien“ derartige Positionen vergeben würden.

## Bahrs Griff nach der Deutschen Welle

Der kürzlichen Behauptung Egon Bahrs, Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, in einer Rundfunkratssitzung des Deutschlandfunks, die Deutsche Welle sei ein regierungsoffiziöser Sender, hielt der Vorsitzende des DW-Rundfunkrats, der Hamburger Senator a. D. Ernst Heinsen (wie Bahr Sozialdemokrat), entgegen, der Kurzwellendienst der Bundesrepublik Deutschland sei ebenso unabhängig wie der Deutschlandfunk. Im Gegensatz zur Auffassung Bahrs nähmen keine Regierungsvertreter an den Redaktionskonferenzen der Deutschen Welle teil.

Gleichwohl stärken Bahrs Behauptungen den Verdacht, daß im Zusammenhang mit den bei der Deutschen Welle anstehenden personellen und strukturellen Entscheidungen die Koalitionsparteien darauf abzielen, den Kurzwellen-

sendender dem jeweiligen außenpolitischen Kurs Bonns unterzuordnen.

## Neue Kampagne der Jusos gegen Springer

Eine neue „Anti-Springer-Kampagne“ haben die Berliner Jungsozialisten auf einer Landesdelegiertenkonferenz angekündigt. Zur Vorbereitung dieser Kampagne, die die Schaffung einer „demokratischen“ Presse zum Ziel hat, wurde beschlossen, einen Arbeitskreis „Medienpolitik“ zu bilden. Außerdem wurden die Herausgabe einer sozialdemokratisch orientierten Tageszeitung und die Einschaltung der beiden Westberliner Sender als Gegengewicht gegen die Springer-Presse angeregt.

Zu der Juso-Ankündigung erklärte der stellv. Sprecher der CDU, Karl Hugo Pruys, um ihrer Glaubwürdigkeit als Partei mit demokratischer Tradition willen sollte sich die SPD von dem unkontrollierten Treiben ihrer Nachwuchsorganisation eindeutig distanzieren.

## Steuergelder für Parteiinteressen

Die Verknüpfung zwischen SPD-Parteiinteressen und dem Forschungsministerium ist Gegenstand einer von dem forschungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Lenzer, eingebrachten Anfrage im Bundestag. Als neuestes Beispiel nennt er eine Illustrierte „Forschung für morgen“, die von dem SPD-eigenen Neuen Vorwärts-Verlag angefertigt wurde: „Die aufwendige Massierung von Anzeigen der Wirtschaft in diesem Blatt weckt sofort den Verdacht, daß hier nicht mit normalen Methoden Anzeigen geworben wurden. Gleichzeitig haben das Ministerium und das Presse- und Informationsamt auch Exemplare dieser Illustrierten für sich angekauft.“

## MELDEGESETZ UND DATENSCHUTZ

# Privatsphäre der Bürger vor Datenmißbrauch schützen

**Dem Bundestag liegen je ein Regierungsentwurf für ein Bundesmeldegesetz und ein Bundesdatenschutzgesetz vor. Das Meldegesetz soll die Voraussetzung dafür schaffen, daß künftig personenbezogene Daten der Bürger nach bundeseinheitlichen Regeln zwischen Behörden des Bundes, der Länder und Gemeinden ausgetauscht werden können. Durch den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung ist dieser Austausch heute bereits nicht nur erleichtert, sondern auch ungemein beschleunigt. Als Schlüssel für diesen Austausch wird das vorge-sehene Personenkennzeichen, eine zwölfstellige Nummer für jeden Bürger, dienen.**

In der Öffentlichkeit hat die Einführung dieses Personenkennzeichens bereits große Unruhe geschaffen. Unter Begriffen wie der nummerierte oder verwaltete Mensch sehen viele eine Entpersönlichung des Bürgers drohen.

Wenn die öffentliche Diskussion, emotional aufgeheizt, auch die Sachlichkeit manchmal vermissen läßt, so kann doch nicht übersehen werden, daß durch einen technisch möglichen Verbund aller Computer mit Personalanlagen mit Hilfe des Personenkennzeichens große Gefahren entstehen können. Sollen z. B. mit Hilfe der Personen-ziffer zukünftig alle bei Behörden ge-

sammelten Daten über den Bürger in Minutenschnelle an einer Stelle zu Dossiers verbunden werden, bekommt der Staat dadurch die Verfügung über jeden Bürger?

Der Abwehr dieser Gefahren soll das Datenschutzgesetz gerecht werden. Das Ermitteln, Verarbeiten und die Weitergabe personenbezogener Daten soll nur mit Zustimmung des Betroffenen oder aufgrund einer gesetzlichen Grundlage zugelassen werden. Dies sollte für den staatlichen, aber auch für den privaten Bereich gelten. Der Regierungsentwurf der Bundesregierung wird diesen Forderungen nicht annähernd gerecht.

Die CDU/CSU fordert daher nach den Worten des Abgeordneten Johannes Gerster eine gründliche Überarbeitung nach folgenden Grundsätzen, die in dem Entwurf nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt sind:

① Der verfassungsrechtlich garantierte Schutz der Privatsphäre gebietet den Vorrang des Datenschutzes vor Rationalisierungserfordernissen. Rationalisierung muß dort ihre absolute Grenze finden, wo Rechte des einzelnen verletzt werden.

② Der gesetzliche Schutz muß den öffentlichen wie den privaten Bereich gleichermaßen und gleichwertig erfassen. Computerverbundsysteme bedrohen in beiden Bereichen schon heute die Privatsphäre des Bürgers.

③ Datenschutz darf nicht auf die Anwendung automatischer Datenverarbeitungsverfahren beschränkt werden, er hat auch gegen die in manuellen Methoden der Datenverarbeitung liegenden Gefahren Schutz zu gewähren.

④ Nicht nur Einzelpersonen, sondern auch Personengruppen genießen den vollen Schutz.

⑤ Wer personenbezogene Daten Behörden oder Privatbetrieben anvertraut, muß sicher sein, daß diese nicht über ein Verbundsystem wahllos an jede weitere Behörde oder Private gelangen können.

⑥ Nicht erst bei der automatischen Verarbeitung, sondern bereits durch die Erfassung personenbezogener Daten drohen Gefahren für die Privatsphäre. Datenschutz beginnt daher bereits mit der Erfassung, deren Zulässigkeit gesetzlich zu regeln ist.

⑦ Eine internationale Einigung über gemeinsame Grundregeln des Datenschutzes ist ebenso erforderlich wie die gesetzliche Regelung des Datenexports in das Ausland, um eine Umgehung der nationalen Datenschutzbestimmungen zu verhindern.

⑧ Art und Umfang technischer Sicherungsmaßnahmen zur Verhinderung des Mißbrauchs können nicht durch die Zumutbarkeit für den Benutzer von Computern begrenzt werden, sie müssen sich vielmehr ausschließlich an dem Sicherungserfordernis ausrichten.

⑨ Die Abwehrrechte des Bürgers gegen die Erfassung und Verarbeitung unrichtiger Daten müssen verstärkt werden.

⑩ Eine unabhängige Kontrollinstanz muß die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen sicherstellen.

⑪ Wer durch Mißbrauch personenbezogener Daten die Privatsphäre des Bürgers verletzt, muß strafrechtlich ver-

folgt und zum Ersatz des materiellen und immateriellen Schadens verpflichtet werden.

⑫ Durch den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung darf das Informationsgleichgewicht zwischen Regierung und Parlament nicht weiter beeinträchtigt werden.

Konnte man nach der ersten Lesung des Bundesdatenschutzgesetzes im Bundestag davon ausgehen, daß die Gefahren der elektronischen Datenverarbeitung für die Privatsphäre des Bürgers von den Parteien gemeinsam gesehen und die Absicht befolgt werde, gemeinsam ein umfassendes Datenschutzgesetz zu verabschieden, sind jetzt erhebliche Zweifel aufgetreten.

## Linke Ideologie Gefahr

Während die Regierung ihren völlig unzulänglichen Entwurf — was ihr gutes Recht ist — mit allen Mitteln verteidigt, melden sich links Kritiker im weiten Land zu Wort. Die Privatsphäre wird von ihnen als Bemäntelung von Einzelinteressen, als Verschleierungsinstrument persönlicher Machtinteressen abqualifiziert. Die Konsequenz derartiger Gedanken: Der Staat muß auch im persönlichen und wirtschaftlichen Bereich stärker Einblick nehmen können.

Wird auch beim Bundesdatenschutz die Ideologie der Sozialisten, bei der das Individuum den Gesellschaftsinteressen voll weichen muß, den Blick dafür verstellen, daß die Privatsphäre Grundvoraussetzung menschlicher Würde und Freiheit ist? Wer jedenfalls an den Grundfesten menschlicher Intimsphäre rüttelt, verändert diesen Staat und seine Bürger. Gefordert werden muß daher mit allem Nachdruck ein wirksamer Datenschutz. Abzulehnen ist dagegen ein Erfassungsschutz des Staates.

## ■ LV WESTFALEN-LIPPE

# Parteitag der Diskussionen — Ansporn zu neuen Taten

**„Wenn die Union bis 1976 so kämpft, wie sie in den letzten Monaten auch in unserem Lande gekämpft hat, dann heißt der nächste Bundeskanzler nicht Helmut Schmidt, sondern Helmut Kohl.“ Diese Worte des alten und neuen Landesvorsitzenden der CDU Westfalen-Lippe, Heinrich Windelen, vor den Delegierten des 31. Landesparteitages in Dortmund waren Dank für einen großartigen Wahlkampf und Ansporn für neue Taten zugleich.**

Die CDU zwischen Bottrop und Höxter, zwischen Minden und Siegen mit 108 000 Mitgliedern der zweitstärkste Landesverband der Union, hat sich zu einer munteren, diskutierfreudigen Partei gemauert. So sparten die Delegierten nicht mit Kritik an der Politik in Land und Bund, hielten aber auch mit ihrer Meinung nicht hinter dem Berg, wenn es darum ging, dem Vorstand des eigenen Verbandes „Feuer unter dem Stuhl“ zu machen.

Heinrich Windelen konnte mit dem Geschäftsbericht eine erfreuliche Bilanz der letzten zwei Jahre CDU-Parteiarbeit in Westfalen vorlegen. Nahezu 20 000 Männer und Frauen fanden in Westfalen in den letzten zwei Jahren den Weg in die Union.

In seinem politischen Bericht versäumte es Windelen nicht, einige deutliche Sätze an die Adresse von DGB und

Medien zu richten. Der Landesvorsitzende stellte die Frage, ob sich der DGB eigentlich noch als Einheitsgewerkschaft oder bereits als sozialistische Richtungsgewerkschaft verstehe und unterstrich ausdrücklich, daß die CDU ein faires und partnerschaftliches Verhältnis zum DGB anstrebe.

Die Vorstandswahlen brachten keine Überraschungen, wenn auch Stimmeinbußen zu verkräften waren. Mit 199 Stimmen wurde Heinrich Windelen MdB im Amt bestätigt, die stellvertretenden Vorsitzenden Albert Pürsten MdL (238), Rudi Nickels MdL (194) und Dr. Monika Christians (236) gingen ohne Gegenkandidaten durchs Ziel. Dr. Günter Rinsche, MdL, konnte sich mit 167 Stimmen gegenüber den Bezirksvorsitzenden des Sauer-/Siegerlandes Dr. Theo Schwefer, MdL (142), behaupten. Auch Landesschatzmeister Dr. Otto Wulff, MdB, kann sich mit 289 Stimmen auf eine breite Vertrauensbasis stützen.

Zu Beisitzern bestellte der Parteitag folgende 23 Parteifreunde: Fred Bagwitz, Prof. Dr. Wolfgang Brüggemann MdL, Heinrich Dreyer MdL, Helmut Elfring MdL, Leo Ernesti MdB, Leni Fischer, Dr. Ewald Franzmann, Heinz Janning, Hermann Kroll-Schlüter MdB, Dr. Egbert Möcklinghoff, Heinrich Ostrop MdL, Wilhelm Rawe MdB, Gerhard Reddemann MdB, Elsbeth Rickers MdL, Cornelius Riewerts, Dr. Gerhard Rödding, Paul Sellmann, Norbert Schlottmann MdB, Hans Werner Schmöle MdB,

Christoph Schulze-Stapen MdL, Dr. Theodor Schwefer MdL, Eberhard Ullrich MdL, Friedrich Vogel MdB.

Zur sachpolitischen Bereicherung des Parteitages trugen acht Anträge bei, die sämtlich die Hürden einer ausgiebigen und engagierten Diskussion überwinden. So verabschiedeten die Delegierten ein von der Jungen Union formuliertes Positionspapier zur Europa-Politik, das dem Bundesvorstand und der Bundestagsfraktion der CDU überwiesen werden soll.

Ein Sonderparteitag wird sich mit Funktionalreform, dem Thema „Kinder haben keine Lobby“ und „Sozialen Diensten“ beschäftigen und vor der Bundestagswahl ist zudem ein Jugendpolitischer Kongreß in Aussicht gestellt. An den Bundesparteitag der CDU ist ein Antrag zur Auswertung der Sendungen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gestellt und schließlich wird in Westfalen in Kürze eine Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer Journalisten gebildet.

## Beifall für Barzel

Von großem Beifall wurde am zweiten Tag der ehemalige Bundesvorsitzende der CDU Dr. Rainer Barzel während seines politischen Referates begleitet. Mit Blick auf die Bundestagswahlen des nächsten Jahres meinte Barzel, Wählen heiße, Vertrauen geben und nehmen. Wenn es der Union gelinge, deutlich zu machen, was sie anders und besser machen werde, könne sie 1976 in die Regierungsverantwortung zurückkehren.

Mit Blickrichtung auf die Wirtschaftspolitik stellte Barzel fest, die Wirtschaft brauche heute Investitionen, Wachstum, Dynamik. Die jetzige Bundesregierung sei nicht in der Lage, diesen Erforder-

nissen gerecht zu werden. Zu Zeiten Adenauers, Erhards und Arnolds, fuhr Barzel fort, habe man Vollbeschäftigung als Arbeit für alle verstanden. Heute gewöhne man das Volk daran, zu glauben, es sei schon ein Erfolg, wenn in der Bundesrepublik weniger als eine Million Arbeitslose gezählt würden.

## SPD verlor Mitglieder – CDU gewann dazu

Zum Eingeständnis von SPD-Geschäftsführer Börner, die Mitgliederzahl seiner Partei sei im vergangenen Jahr rückläufig gewesen, äußerte CDU-Bundesgeschäftsführer Karl Heinz Bilke in Bonn:

Als SPD-Geschäftsführer Börner „geringfügige Mitgliederverluste“ seiner Partei bekanntgeben mußte, horchten eingeweihte Beobachter der Bonner Szene verblüfft auf. Seit langem startete die SPD-Führung auf die Schallmauer von 1 Million Genossen, und immer wieder wurde in den vergangenen Jahren das Gerücht lanciert, nun sei es bald erreicht. Aber statt der Erfolgsmeldung kam jetzt das Eingeständnis, daß man sogar Mitglieder verloren habe. Die SPD versucht nun, den Rückschlag durch verbesserte Parteiarbeit und stärkere Öffentlichkeitsarbeit wettzumachen, aber gute Politik kann dadurch nicht ersetzt werden.

Bei der Union gingen verbesserte Parteiorganisation, Mobilisierung der Mitgliedschaft und die Entwicklung glaubwürdiger Alternativen der deutschen Politik Hand in Hand. Darauf ist es unter anderem zurückzuführen, daß die CDU innerhalb der letzten 22 Monate einen Zuwachs von 119 921 neuen Mitgliedern verzeichnen konnte.

## ■ PARTEIARBEIT

### „Stetiger Einsatz — auch zwischen den Wahlen“ ...

Das ist der Leitsatz des CDU-Ortsverbandes Vahrenwald/Vahrenheide in Hannover. Im Mitteilungsblatt „Kurier“ greift der Ortsverband kommunalpolitische Probleme auf. Eine Reihe von Helfern sorgt für die Verteilung der mehreren tausend Exemplare. Außerdem betreibt der Ortsverband mit Erfolg aktive Pressearbeit. Laufend berichtet die Presse über Aktionen und Einsätze des Ortsverbandes. Besonders die wöchentlich bzw. 14tägig erscheinenden Anzeigenblätter veröffentlichen Beiträge der CDU.

**CDU-Ortsverband  
Vahrenwald/Vahrenheide  
3 Hannover 61  
Wismarer Straße 4**

### „Blumensträuße für Mütter“

In Bad Marienberg hat die SPD noch die Mehrheit. Nach dem Willen des CDU-Ortsverbandes soll sich dies ändern. Und die Aussichten hierfür sind gut; denn durch unermüdlichen Einsatz ihrer Mitglieder verschafft sich die Bad Marienberger CDU immer mehr Geltung. Vor wenigen Wochen nahm der Ortsverband den Aktionsvorschlag aus UiD 17/75 auf. Fleißige Hände hatten viele hundert Blumensträuße gebunden, die am Samstag vor Muttertag von den Kindern der Mitglieder an einkaufende Mütter mit einem Grußkärtchen verteilt wurden.

Eine Lokalzeitung veröffentlichte ein Bild, auf dem ein kleines Mädchen mit einem Blumenkorb am Arm, einer älte-

ren Dame einen Blumenstrauß überreicht mit folgendem Untertext:

*„Eine besondere Überraschung und viel Freude bereitete zum Muttertag die CDU Bad Marienbergs, die durch Kinder der Mitglieder mehrere hundert Blumensträuße an die Frauen und Mütter verteilen ließ. Solch freundliche Geste sollte man von den politischen Parteien doch öfter erhoffen.“*

**CDU-Ortsverband  
5439 Bad Marienberg  
Baumschulweg 24**

### Altentagesstätte

Eine Altentagesstätte richtete die CDU-Frauenvereinigung zusammen mit der Jungen Union in Swisttal-Heimerzheim ein. Die Gemeinde stellte drei Räume in einer ehemaligen Schule zur Verfügung, die von freiwilligen Helfern renoviert und z. T. mit gespendeten Gebraucht Möbeln eingerichtet wurden. Dank dieses Einsatzes kostete die Renovierung und Möblierung nur etwa 7 000,— DM. Sie wurden von der Gemeinde und durch Spenden aufgebracht. Zum Vergleich: Eine gleich große Altentagesstätte in einer Nachbarstadt kostete 73 000,— DM.

Bei der Einweihung am 15. Februar 1975 erschienen über 60 betagte Bürger. Seitdem treffen sich zweimal in der Woche 25 bis 35 alte Heimerzheimer bei Kaffee und Kuchen. Die Betreuung erfolgt abwechselnd von insgesamt 10 bis 15 Mitgliedern der Frauenvereinigung, die ihre Tätigkeit ehrenamtlich verrichten.

**CDU-Frauenvereinigung Swisttal  
5357 Swisttal-Heimerzheim  
Quellenstraße 37**

## ZITATE

### DGB-Kongreß

*Erst in seiner Schlußrede versuchte Heinz-Oskar Vetter den Eindruck zu verwischen, als kümmere sich der DGB zwar um die Welt des Jahres 2000, aber weniger energisch um das brennend aktuelle Problem der Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik 1975. Endlich kam ein deutliches Wort zur Arbeitsmarktsituation. Es fehlte die von früheren Kongressen gewohnte leidenschaftliche Auseinandersetzung. Es wurden zwischen Bundesregierung und DGB ständig Freundlichkeiten, um nicht zu sagen, Lobpreisungen ausgetauscht... Man fühlte sich auf einer Feierstunde.*

**Hessischer Rundfunk (Götte, Hamburg)**

*Vetter erklärte, der DBG suche einen dritten Weg zwischen Privatwirtschaft und Planwirtschaft. Das klingt nach einer verführerischen Zauberformel, aber man muß sich doch wohl realistischere fragen, ob nicht eine Marktwirtschaft mit so zahlreichen sozialen Korrektiven wie die unsere nicht schon der einzige dritte Weg ist. Die Hoffnung Vettters, man könne die Vorzüge aller denkbaren Systeme vereinen, sämtliche Nachteile aber vermeiden, ist, so fürchte ich, eine schöne Utopie.*

**Südwestfunk (von der Burg)**

### Anschrift:

*Erstaunlich war eigentlich, mit welchem Gleichmut der Kongreß die Ausführungen des Kanzlers (zur Frage der paritätischen Mitbestimmung) hinnahm. Ähnlich widerspruchslos konnten Schmidt und Bundeswirtschaftsminister Friedrichs die zweite Hauptforderung des Kongresses relativieren, wenn nicht sogar zurückweisen: eine Investitionslenkung gesetzlich zu verankern. Revolutionärer denken, aber evolutionärer handeln, lautet die eher zurückhaltende Parole des wiedergewählten DBG-Vorsitzenden Heinz-Oskar Vetter. Und damit proklamierte er zugleich einen „dritten Weg zwischen privater Wirtschaftsplanung und staatlicher Planwirtschaft“. Die Suche nach diesem dritten Weg ist aber gleichbedeutend mit der Suche nach der eigenen Position der Gewerkschaften zu Beginn des letzten Viertels unseres Jahrhunderts, das kaum noch von Überbeschäftigung und von ständigem, ununterbrochenem wirtschaftlichen Wachstum gekennzeichnet sein dürfte.*

**Deutsche Welle (Kwasny)**

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 1937 95. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

# U*i*D